Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/5674, 15/6121

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

§ 1

Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 272), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender Art. 37a eingefügt:

„Art. 37a Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache“.
 - b) Art. 45 erhält folgende Fassung:

„Art. 45 Lehrpläne, Studentafeln, Richtlinien und Bildungsstandards“.
 - c) In der Überschrift des Abschnitts VIII des Zweiten Teils werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin oder“ eingefügt.
 - d) Art. 57 erhält folgende Fassung:

„Art. 57 Schulleiterin oder Schulleiter“.
 - e) Art. 111 erhält folgende Fassung:

„Art. 111 Allgemeines, Leistungsvergleiche“.
2. Art. 9 Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 wird das Wort „Sie“ durch die Worte „Die Qualifikationsphase“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 Satz 3 werden die Worte „, Vertiefungsfächer und Seminarfächer“ durch die Worte „und Seminare“ ersetzt.
3. In Art. 15 Satz 1 wird nach dem Wort „beruflichen“ das Wort „postsekundären“ eingefügt.

4. Art. 16 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„³Die Leistungsbewertung wird durch Noten und durch ein Punktesystem vorgenommen.“
 - b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.
 - c) In Satz 4 wird das Wort „Abschlussprüfung“ durch das Wort „Fachabiturprüfung“ ersetzt.
5. In Art. 17 Abs. 2 werden die Sätze 3 bis 5 durch folgende Sätze 3 bis 6 ersetzt:

„³Insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Schulabschluss gemäß Art. 25 Abs. 1 Satz 2 Nrn. 2 bis 4 können einjährige Vorklassen eingerichtet werden. ⁴Die Aufnahme in die Vorklasse ist auch mit erfolgreichem Hauptschulabschluss und einer abgeschlossenen Berufsausbildung nach Bestehen einer Aufnahmeprüfung beim zuständigen Ministerialbeauftragten für die Berufsoberschulen und Fachoberschulen möglich; nach erfolgreichem Besuch wird der mittlere Schulabschluss verliehen. ⁵Die Leistungsbewertung wird durch Noten und ein Punktesystem vorgenommen. ⁶Die Berufsoberschule schließt mit der Abiturprüfung ab und verleiht die fachgebundene Hochschulreife sowie bei Nachweis der notwendigen Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache die allgemeine Hochschulreife; Schüler und Schülerinnen der Jahrgangsstufe 12 können sich der Fachabiturprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife unterziehen.“
6. In Art. 18 Abs. 1 wird nach dem Wort „berufliche“ das Wort „postsekundäre“ eingefügt.
7. In Art. 25 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 wird das Wort „Vorstufe“ durch das Wort „Vorklasse“ ersetzt.
8. Art. 35 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 24 wegen des Krieges in seinem Heimatland oder nach § 25 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes besitzt,“
 - b) In Nr. 3 werden die Worte „§ 55 des Ausländergesetzes“ durch die Worte „§ 60a des Aufenthaltsgesetzes“ ersetzt.
9. Es wird folgender Art. 37a eingefügt:

„Art. 37a
Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache
(1) ¹Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, bei denen nicht mindestens eine Erziehungsberechtigte oder ein Erziehungsberechtigter deutschsprachiger Herkunft

ist, nehmen im ersten Halbjahr des Kalenderjahres, das dem Jahr des Eintritts der Vollzeitschulpflicht vorangeht, an einer Sprachstandserhebung im Kindergarten oder in einem Haus für Kinder teil. ²Besucht das Kind weder einen Kindergarten noch ein Haus für Kinder, führt die Sprachstandserhebung die Grundschule durch, in der die Schulpflicht voraussichtlich zu erfüllen ist.

(2) Kinder, die nach dem Ergebnis der Sprachstandserhebung nicht über hinreichende Deutschkenntnisse verfügen, die für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht der Grundschule notwendig sind, sollen einen Vorkurs zur Förderung der deutschen Sprachkenntnisse besuchen.

(3) Die zuständige Grundschule kann ein Kind, das weder einen Kindergarten bzw. ein Haus für Kinder noch einen Vorkurs nach Abs. 2 besucht hat und bei dem im Rahmen der Schulanmeldung festgestellt wird, dass es nicht über die notwendigen Deutschkenntnisse verfügt, von der Aufnahme zurückstellen und das Kind verpflichten, im nächsten Schuljahr einen Kindergarten bzw. ein Haus für Kinder mit integriertem Vorkurs zu besuchen.“

10. In Art. 39 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 werden die Worte „dem Bundesgrenzschutz“ durch die Worte „der Bundespolizei“ ersetzt.

11. In Art. 40 Abs. 2 werden die Worte „§ 47 Abs. 3“ durch die Worte „§ 60“ und die Worte „§ 42a Abs. 3“ durch die Worte „§ 42g“ ersetzt.

12. Art. 45 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „und Richtlinien“ durch die Worte „, Richtlinien und Bildungsstandards“ ersetzt.

b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 Halbsatz 2 wird das Wort „angestrebte“ gestrichen.

bb) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Wissen und Können beziehen sich auch auf Standards, die in länderübergreifenden Verfahren mit Zustimmung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus festgelegt werden.“

13. Art. 51 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Lernmittel der Fächer des fachlichen Unterrichts an beruflichen Schulen; auch bei diesen Lernmitteln ist auf die alters- und lehrplangemäße Verwendung in der Schule zu achten.“

b) In Abs. 3 werden nach dem Wort „zugelassener“ die Worte „oder nach Abs. 1 Satz 3 nicht zulassungspflichtiger“ eingefügt.

14. Art. 52 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte

„sehr gut	= 1
gut	= 2
befriedigend	= 3
ausreichend	= 4
mangelhaft	= 5
ungenügend	= 6.“

durch die Worte

„sehr gut	= 1	(Leistung entspricht den Anforderungen in besonderem Maße)
gut	= 2	(Leistung entspricht voll den Anforderungen)
befriedigend	= 3	(Leistung entspricht im Allgemeinen den Anforderungen)
ausreichend	= 4	(Leistung weist zwar Mängel auf, entspricht aber im Ganzen noch den Anforderungen)
mangelhaft	= 5	(Leistung entspricht nicht den Anforderungen, lässt jedoch erkennen, dass trotz deutlicher Verständnislücken die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind)
ungenügend	= 6	(Leistung entspricht nicht den Anforderungen und lässt selbst die notwendigen Grundkenntnisse nicht erkennen).“

ersetzt.

bb) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Art. 9 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3, Art. 16 Abs. 2 Satz 3 und Art. 17 Abs. 2 Satz 5 bleiben unberührt.“

cc) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden Sätze 3 und 4.

b) Abs. 3 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Daneben sollen Bemerkungen oder Bewertungen nach Abs. 2 Satz 1 oder in anderer Form über Anlagen, Mitarbeit und Verhalten der Schülerin oder des Schülers in das Zeugnis aufgenommen werden.“

- c) In Abs. 4 werden die Worte „werden in den Schulordnungen vorgesehen.“ durch die Worte „können in den Schulordnungen vorgesehen werden.“ ersetzt.
15. Art. 53 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 5 Satz 2 werden nach dem Wort „Schüler,“ die Worte „die oder“ eingefügt.
- b) In Abs. 6 Satz 1 werden nach den Worten „das Vorrücken“ die Worte „auf Probe gestattet werden; das Vorrücken kann ihnen“ eingefügt.
16. Dem Art. 56 wird folgender Abs. 5 angefügt:
- „(5) ¹Im Schulgebäude und auf dem Schulgelände sind Mobilfunktelefone und sonstige digitale Speichermedien, die nicht zu Unterrichtszwecken verwendet werden, auszuschalten. ²Die unterrichtende oder die außerhalb des Unterrichts Aufsicht führende Lehrkraft kann Ausnahmen gestatten. ³Bei Zuwiderhandlung kann ein Mobilfunktelefon oder ein sonstiges digitales Speichermedium vorübergehend einbehalten werden.“
17. In der Überschrift des Abschnitts VIII des Zweiten Teils werden vor dem Wort „Schulleiter“ die Worte „Schulleiterin oder“ eingefügt.
18. Art. 57 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift und in Abs. 1 Satz 1 werden vor dem Wort „Schulleiter“ jeweils die Worte „Schulleiterin oder“ eingefügt.
- b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ und das Wort „er“ durch die Worte „sie oder er“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird das Wort „er“ durch die Worte „sie oder er“ ersetzt.
- cc) In Satz 3 wird das Wort „Er“ durch die Worte „Sie oder er“ ersetzt.
- c) In Abs. 3 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.
19. Art. 58 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:
- „²Den Vorsitz führt die Schulleiterin oder der Schulleiter.“
- b) In Abs. 3 Satz 2 werden vor den Worten „des Schulleiters“ die Worte „der Schulleiterin oder“ eingefügt.
- c) In Abs. 4 Satz 1 werden vor den Worten „den Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
- d) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
- bb) In Satz 2 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ und vor dem Wort „er“ die Worte „sie oder“ eingefügt.
- cc) In Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
20. In Art. 59 Abs. 3 werden vor dem Wort „Schülern“ bzw. „Schüler“ jeweils die Worte „Schülerinnen und“ eingefügt.
21. In Art. 61 Abs. 1 Sätze 1 und 2 werden jeweils vor dem Wort „Förderlehrer“ die Worte „Förderlehrerinnen bzw.“ eingefügt.
22. Art. 62 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 werden vor den Worten „vom Schulleiter“ die Worte „von der Schulleiterin oder“ eingefügt.
- bb) Satz 4 wird wie folgt geändert:
- aaa) In Nr. 2 werden vor den Worten „den Leiter“ die Worte „die Leiterin oder“ eingefügt.
- bbb) In Nr. 4 werden vor den Worten „beim Leiter“ die Worte „bei der Leiterin oder“ eingefügt.
- b) Abs. 5 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 3 werden vor den Worten „dem Schulleiter“ die Worte „der Schulleiterin oder“ eingefügt.
- bb) In Satz 4 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.
- c) In Abs. 7 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.
- d) In Abs. 8 Satz 1 werden die Worte „, insbesondere über das Wahlverfahren für die Einrichtungen der Schülervertretungen,“ gestrichen.
23. Art. 63 erhält folgende Fassung:
- „Art. 63
Schülerzeitung
- (1) ¹Schülerzeitungen sind Zeitungen, die von Schülerinnen und Schülern für Schülerinnen und Schüler derselben Schule geschrieben werden. ²Die Schülerinnen und Schüler machen durch die Herausgabe von Schülerzeitungen vom Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch. ³Jede Schülerin und jeder Schüler hat das

Recht, an der Schülerzeitung mitzuwirken. ⁴Die Redaktion der Schülerzeitung hat das Wahlrecht, ob die Schülerzeitung als Einrichtung der Schule im Rahmen der Schülermitverantwortung oder als Druckwerk im Sinn des Bayerischen Pressegesetzes (BayPrG) erscheint. ⁵Die Redaktion soll sich eine beratende Lehrkraft wählen, die die Schülerzeitung pädagogisch betreut.

(2) ¹Erscheint die Schülerzeitung als Druckwerk im Sinn des Bayerischen Pressegesetzes, soll die Schulleiterin oder der Schulleiter die Herausgeber und Redakteure über die presserechtlichen Folgen (Art. 3 Abs. 2, Art. 5, 7 bis 10 und 11 BayPrG) informieren. ²Die Haftung der Erziehungsberechtigten für minderjährige Schülerinnen und Schüler bleibt unberührt. ³Die Schule unterrichtet die Erziehungsberechtigten der mitwirkenden minderjährigen Schülerinnen und Schüler über die Entscheidung der Schülerzeitungsredaktion, die Schülerzeitung als Druckwerk im Sinn des Bayerischen Pressegesetzes herauszugeben.

(3) Die Grundsätze einer fairen Berichterstattung sind zu beachten; auf die Vielfalt der Meinungen und auf den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ist Rücksicht zu nehmen.

(4) ¹Soll die Schülerzeitung auf dem Schulgelände verteilt werden, ist der Schulleiterin oder dem Schulleiter rechtzeitig vor Drucklegung ein Exemplar zur Kenntnis zu geben. ²Sie oder er kann Einwendungen erheben. ³Berücksichtigt die Redaktion die Einwendungen nicht, so hat sie die Schülerzeitung zusammen mit einer Stellungnahme dem Schulforum vorzulegen. ⁴Das Schulforum soll auf eine gütliche Einigung hinwirken; scheidet die gütliche Einigung, kann das Schulforum die Verteilung der Schülerzeitung auf dem Schulgelände untersagen.

(5) Soweit der Inhalt der Schülerzeitung das Recht der persönlichen Ehre verletzt oder in anderer Weise gegen Rechtsvorschriften verstößt, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Verteilung auf dem Schulgelände, und für den Fall, dass die Schülerzeitung als Einrichtung der Schule im Rahmen der Schülermitverantwortung erscheint, auch die Herausgabe untersagen; die Schulleiterin oder der Schulleiter begründet seine Entscheidung innerhalb einer Woche schriftlich.

(6) Das zuständige Staatsministerium regelt das Nähere nach Anhörung des Landesschulbeirats in den Schulordnungen.“

24. Art. 65 Abs. 1 Satz 3 Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. sich im Rahmen der Abstimmung nach Art. 51 Abs. 4 Satz 2 zu äußern,“

25. Art. 67 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Er“ durch die Worte „Sie oder er“ ersetzt.

cc) In Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Der Schulleiter“ durch die Worte „Die Schulleiterin oder der Schulleiter“ ersetzt.

26. In Art. 68 Satz 1 werden nach dem Wort „regeln“ die Worte „; der Elternvertretung kann das Recht eingeräumt werden, sich eine Geschäfts- und eine Wahlordnung zu geben“ eingefügt.

27. Art. 69 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Sätze 1 und 2 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 werden vor den Worten „der Schulleiter“ die Worte „die Schulleiterin oder“ eingefügt.

bb) In Satz 6 werden vor den Worten „des Schulleiters“ die Worte „der Schulleiterin oder“ eingefügt.

c) In Abs. 6 werden vor den Worten „vom Schulleiter“ die Worte „von der Schulleiterin oder“ eingefügt.

28. Art. 73 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) Schulordnungen für die in Art. 7 bis 11, 14, 16 und 17 genannten Schularten (Art. 89 Abs. 1 Satz 1),“

29. Art. 76 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Nach Maßgabe des Art. 37a sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet dafür zu sorgen, dass ein Kind an der Sprachstandserhebung teilnimmt und regelmäßig einen Kindergarten bzw. ein Haus für Kinder mit integriertem Vorkurs besucht.“

b) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.

30. Dem Art. 85 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Wird ein Schulpflichtiger, der nicht Bürger der Europäischen Union ist, erstmals an einer Grundschule angemeldet und stellt die Schule fest, dass der Schulpflichtige nicht über hinreichende Deutschkenntnisse für einen erfolgreichen Schulbesuch verfügt, teilt sie dies der zuständigen Ausländerbehörde mit, damit integrationsfördernde Maßnahmen ergriffen werden können.“

31. Art. 86 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Nr. 6 erhält folgende Fassung:
- „6. der Ausschluss vom Unterricht für zwei bis vier Wochen ab dem siebten Schulbesuchsjahr durch die Lehrerkonferenz,“
- bb) Es wird folgende Nr. 6a eingefügt:
- „6a. der Ausschluss vom Unterricht für mehr als vier Wochen, längstens bis zum Ablauf des laufenden Schuljahres bei Hauptschulen und Hauptschulstufen der Förderschulen ab dem siebten Schulbesuchsjahr bzw. bei Berufsschulen sowie Berufsschulen zur sonderpädagogischen Förderung durch die Lehrerkonferenz im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Hinblick auf mögliche Leistungen nach Maßgabe des Achten Buches Sozialgesetzbuch,“
- b) Abs. 4 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:
- „¹Gegenüber Schulpflichtigen in Berufsschulen, die in einem Ausbildungsverhältnis stehen, sind die Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 6 und 6a nicht zulässig.“
- bb) Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden Sätze 2 und 3.
- c) In Abs. 5 Sätze 1 und 2 wird jeweils die Zahl „6“ durch die Zahlen „6, 6a“ ersetzt.
- d) Es wird folgender neuer Abs. 6 eingefügt:
- „(6) ¹Bei einer Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a kann die Schulaufsichtsbehörde, im Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Hinblick auf mögliche Leistungen nach Maßgabe des Achten Buches Sozialgesetzbuch, auch entscheiden, dass
1. die Vollzeitschulpflicht der Schülerin bzw. des Schülers mit Ablauf des achten Schulbesuchsjahres beendet wird,
 2. nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht nach Nr. 1 auch die Berufsschulpflicht beendet wird, wenn die Schülerin oder der Schüler noch nicht in die Berufsschule oder die Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung aufgenommen ist,
 3. die Berufsschulpflicht beendet wird, wenn die Schülerin oder der Schüler bereits in die Berufsschule oder die Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung aufgenommen ist.
- ²Die Entscheidung nach Satz 1 Nrn. 1 und 3 erfolgt auf Antrag der Lehrerkonferenz. ³Sie setzt voraus, dass das Verhalten der Schülerin bzw. des Schülers den Bildungsanspruch der Mitschülerinnen und Mitschüler schwerwiegend und dauerhaft beeinträchtigt oder im Fall des Satzes 1 Nr. 2 eine solche
- Beeinträchtigung im Berufsschulunterricht zu erwarten wäre. ⁴Art. 88 Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. ⁵Die zuständigen schulischen Beratungsfachkräfte sind von der Lehrerkonferenz vor der Antragstellung gutachtlich zu hören; die Stellungnahme ist der Schulaufsichtsbehörde zusammen mit dem Antrag zu übermitteln.“
- e) Die bisherigen Abs. 6 bis 9 werden Abs. 7 bis 10.
- f) Abs. 9 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:
- „¹Vor der Anwendung von Ordnungsmaßnahmen können schulische Beratungsfachkräfte hinzugezogen werden.“
- bb) Die bisherigen Sätze 1 bis 3 werden Sätze 2 bis 4.
- cc) In Satz 2 werden die Worte „Vor der Anwendung von Ordnungsmaßnahmen“ durch das Wort „Es“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „6a“ ersetzt.
- g) Es werden folgender neuer Abs. 11 und folgende Abs. 12 und 13 eingefügt:
- „(11) ¹Vor Erlass von Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a und Abs. 6 übermittelt die Schulleitung bzw. die Schulaufsichtsbehörde die Entscheidung der Lehrerkonferenz nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a bzw. deren Antrag nach Abs. 6 Satz 2 dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe; bei Maßnahmen nach Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 teilt die Schulaufsichtsbehörde dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe seinen Entschluss zur Verkürzung der Berufsschulpflicht mit. ²Dessen Einvernehmen gilt als erteilt, wenn er nicht binnen der Frist nach Satz 3 widerspricht. ³Die Frist beträgt bei Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a zwei Wochen, bei Ordnungsmaßnahmen nach Abs. 6 vier Wochen nach Zugang der Mitteilung nach Satz 1.
- (12) ¹Die Schulaufsichtsbehörde kann eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a und die Beendigung der Schulpflicht nach Abs. 6 nach Anhörung der Schülerin oder des Schülers, der Erziehungsberechtigten, des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, des Elternbeirats, wenn dieser nach Abs. 10 an der Ordnungsmaßnahme mitgewirkt hat, und der schulischen Beratungsfachkräfte aufheben, wenn neue Tatsachen bekannt geworden sind, die erwarten lassen, dass die Schülerin oder der Schüler nicht mehr ein den Ausschluss bzw. die Beendigung der Schulpflicht begründendes Verhalten zeigen wird. ²Die Beendigung der Berufsschulpflicht ist aufzuheben, wenn ein Ausbildungsverhältnis aufgenommen wird und eine Berufsschulpflicht nach Art. 39 Abs. 2 Satz 1 besteht.“

- (13) ¹Gefährdet eine Schülerin oder ein Schüler durch ihr bzw. sein Verhalten das Leben oder in erheblicher Weise die Gesundheit von Schülerinnen bzw. Schülern oder Lehrkräften, kann die Schulleiterin oder der Schulleiter die Schülerin oder den Schüler längstens bis zur Vollziehbarkeit einer Entscheidung über schulische Ordnungsmaßnahmen, über die Überweisung an eine Förderschule, eine Aufnahme in eine Schule für Kranke oder in eine andere Einrichtung, in der die Schulpflicht erfüllt werden kann, auch bei bestehender Schulpflicht vom Besuch der Schule ausschließen, sofern die Gefahr nicht anders abwendbar ist. ²Die Schulaufsichtsbehörde, der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die Polizei, die Erziehungsberechtigten und die zuständigen schulischen Beratungsfachkräfte sind unverzüglich zu informieren. ³Wird wegen desselben Sachverhalts auch eine Ordnungsmaßnahme nach Abs. 2 Satz 1 Nrn. 5, 6 oder 6a getroffen, soll die Zeit des Ausschlusses vom Schulbesuch nach Satz 1 auf die Dauer der Ordnungsmaßnahme angerechnet werden.“
- h) Der bisherige Abs. 10 wird Abs. 14 und wie folgt geändert:
- Nach den Worten „Nrn. 3 bis 10“ werden die Worte „sowie gegen Maßnahmen nach Abs. 13 Satz 1“ eingefügt.
- i) Der bisherige Abs. 11 wird Abs. 15.
32. Art. 89 wird wie folgt geändert:
- a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „; vor Erlass einer Schulordnung für die in Art. 7 bis 11, 14, 16 und 17 genannten Schularten ist der Landesschulbeirat zu hören“ gestrichen.
- b) Abs. 2 Nr. 4 erhält folgende Fassung:
- „4. die Unterrichtszeit; aus besonderen Gründen und im Einvernehmen mit dem Elternbeirat, dem Schulaufwandsträger sowie dem Aufgabenträger der Schülerbeförderung kann die Schulleiterin oder der Schulleiter bis zu einem Tag im Schuljahr für unterrichtsfrei erklären und festlegen, wann der entfallene Unterricht zeitnah nachzuholen ist,“
33. Art. 92 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
- bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:
- „²Der Antrag ist mit allen erforderlichen Unterlagen spätestens vier Monate vor Schuljahresbeginn bei der Schulaufsichtsbehörde einzureichen.“
- b) In Abs. 5 Satz 1 Halbsatz 1 werden die Worte „Art. 50“ durch die Worte „Art. 45 Abs. 1 Satz 3, Art. 50“ ersetzt.
34. Art. 97 wird wie folgt geändert:
- a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.
- b) Es wird folgender Abs. 2 angefügt:
- „(2) ¹Ersatzschulen, die nicht nur vorläufig genehmigt sind (Art. 98 Abs. 1), können den an ihnen hauptberuflich tätigen Lehrkräften nach Maßgabe des Arbeitsvertrags auf die Dauer der Verwendung das Recht einräumen, Berufsbezeichnungen zu führen, die das Staatsministerium für Unterricht und Kultus für bestimmte Gruppen von Lehrkräften allgemein festsetzt. ²Lehrkräfte, die wegen Alters oder Dienstunfähigkeit ausscheiden, sind berechtigt, ihre bisherige Berufsbezeichnung mit dem Zusatz „a.D.“ widerruflich weiterzuführen.“
35. Art. 100 Abs. 3 wird aufgehoben.
36. Art. 111 wird wie folgt geändert:
- a) Der Überschrift wird das Wort „, Leistungsvergleiche“ angefügt.
- b) Es wird folgender Abs. 4 angefügt:
- „(4) Das zuständige Staatsministerium kann Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte verpflichten, an Leistungsvergleichen teilzunehmen, die Zwecken der Qualitätssicherung und -steigerung dienen.“
37. Art. 115 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden vor den Worten „dem Landrat“ die Worte „der Landrätin oder“ und vor den Worten „dem Oberbürgermeister“ die Worte „der Oberbürgermeisterin oder“ eingefügt.
- b) In Satz 4 werden nach dem Wort „zwei“ die Worte „, in besonderen Fällen auch mehr als zwei“ eingefügt.
38. Art. 118 wird wie folgt geändert:
- a) Es wird folgender neuer Abs. 3 eingefügt:
- „(3) ¹Eine Schulpflichtige oder ein Schulpflichtiger, aus deren oder dessen Verhalten sich Hinweise auf eine mögliche Erkrankung ergeben, die die Schulbesuchsfähigkeit beeinträchtigt, ist nach Aufforderung durch die Schule verpflichtet, sich durch den öffentlichen Gesundheitsdienst untersuchen zu lassen, soweit sie oder er nicht der Schule nachweist, dass sie bzw. er von einem Facharzt, insbesondere von einem Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin oder Facharzt für (Kinder- und Jugend-)Psychiatrie und Psychotherapie, hinsichtlich dieser Verhaltensauffälligkeiten untersucht worden ist bzw. behandelt wird; Art. 80 Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend. ²Vor der Aufforderung sind die zuständigen schulischen Beratungsfachkräfte zu hören.“
- b) Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 4.

39. Art. 119 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. entgegen Art. 76 Satz 1 nicht dafür sorgt, dass minderjährige Schulpflichtige am Unterricht regelmäßig teilnehmen und die sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen besuchen, oder entgegen einer vollziehbaren Anordnung nach Art. 37a Abs. 3 in Verbindung mit Art. 76 Satz 2 nicht dafür sorgt, dass ein Kind einen Kindergarten oder ein Haus für Kinder mit integriertem Vorkurs besucht; das Gleiche gilt für Personen, denen die Erziehung minderjähriger Schulpflichtiger durch Rechtsvorschrift oder Vertrag ganz oder teilweise übertragen ist,“

bb) Es wird folgende neue Nr. 3 eingefügt:

„3. entgegen Art. 77 Berufsschulpflichtige nicht zur Teilnahme am Unterricht und zum Besuch der sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen anhält; das Gleiche gilt für Personen, denen die Erziehung minderjähriger Schulpflichtiger durch Rechtsvorschrift oder Vertrag ganz oder teilweise übertragen ist,“

cc) Die bisherigen Nrn. 3 bis 9 werden Nrn. 4 bis 10.

dd) In Nr. 10 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

ee) Es wird folgende Nr. 11 angefügt:

„11. entgegen Art. 118 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 1 in Verbindung mit Abs. 3 einen minderjährigen Schulpflichtigen oder eine minderjährige Schulpflichtige nicht dem Gesundheitsamt zuführt oder entgegen Art. 118 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 in Verbindung mit Abs. 3 sich nicht am Gesundheitsamt untersuchen lässt.“

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Absatz 1 Nr. 2 oder Nr. 3“ durch die Worte „Abs. 1 Nrn. 2 bis 4“ ersetzt.

§ 2

¹Dieses Gesetz tritt am 1. August 2006 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 1 Nr. 14 Buchst. b mit Wirkung vom 1. Juli 2005 in Kraft. ³§ 1 Nrn. 9, 29, 30 und 39 Buchst. a Doppelbuchst. aa, bb und cc und Buchst. b treten am 1. August 2009 außer Kraft.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin